

GESELLSCHAFT ÖSTERREICHISCHER NERVENÄRZTE  
UND PSYCHIATER

Postanschrift:  
Neurologisches Krankenhaus der Stadt Wien, Rosenhügel  
A-1130 Wien, Riedelgasse 5

Wien, den 2. Februar 1990

Betrifft	4. GESETZENTW. GRF
Z.	GE 90
Datum:	- 5. FEB. 1990
Verteilt.	07. Feb. 1990 <i>Jul</i>

Herrn  
Bundesminister  
für Gesundheit und Öffentlicher Dienst  
Ing. Harald Ettl  
Bundeskanzleramt Sektion VI - Volksgesundheit  
Radetzkystraße 2  
1031 W i e n

*Dr. J. J. J. J. J.*

GZ 61.103/51-VI/13/89

Die Gesellschaft Österreichischer Nervenärzte und Psychiater stellt als Ergebnis einer Befragung ihrer Mitglieder und aufgrund schriftlicher Stellungnahmen der Mitglieder

Univ. Prof. Dr. W. Danielczyk  
Vorstand der Neurologischen Abteilung  
des Pflegeheimes Lainz

Univ. Prof. Dr. E. Gabriel  
Ärztlicher Leiter des  
Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien  
Baumgartner Höhe

Univ. Doz. Dr. W. Grisold  
Vorstand der Neurologischen Abteilung des  
Kaiser Franz Josef Spitals

Univ. Prof. Dr. H. Hinterhuber  
Vorstand der  
Psychiatrischen Universitätsklinik Innsbruck

Univ. Prof. Dr. G. Hofmann  
Ehemaliger Ärztlicher Leiter des  
Wagner-Jauregg-Krankenhauses

Univ. Doz. Dr. P. König  
Vorstand der 1. Psychiatrischen Abteilung  
des Landesnervenkrankenhauses Valduna

Univ. Prof. Dr. G. Ladurner  
Vorstand der Neurologischen Abteilung  
der Landesnervenklinik Salzburg

Univ.Doiz.Dr.Th.Platz  
Vorstand der Psychiatrischen Abteilung  
des Öffentlichen Krankenhauses des Landes Kärnten

W.HR Univ.Doiz.Dr.W.Schöny  
Vorstand der 3.Psychiatrischen Pflegeabteilung  
des Wagner-Jauregg-Krankenhauses

Univ.Prof.Dr.A.Springer  
Leiter des  
Ludwig Boltzmann Instituts für Suchtforschung

Univ.Doiz.Dr.Marianne Springer-Kremser  
Supplierender Leiter des  
Instituts für Tiefenpsychologie und Psychotherapie  
der Universität Wien

und einer Diskussion und Beratung in ihrer Präsidiumssitzung am  
29. Jänner 1990 in Anwesenheit von Univ.Prof.Dr.F.Gerstenbrand,  
Präsident, Univ.Prof.Dr.H.Binder, OA Dr.J.Bruck,  
Univ.Prof.Dr.E.Gabriel, Univ.Prof.Dr.H.Hinterhuber,  
Univ.Prof.Dr.K.Jellinger, Univ.Prof.Dr.W.Spiel,  
Univ.Doiz.Dr.Marianne Springer-Kremser zum

**Entwurf eines Bundesgesetzes  
über die Ausübung der Psychotherapie  
(Psychotherapiegesetz)  
vom 27.Dezember 1989**

Folgendes fest:

Zum Titel

Die Titelbezeichnung dieses Gesetzes (Psychotherapiegesetz) ist insoferne irreführend, als es sich dabei um die Festschreibung eines neuen Gesundheitsberufes (Heilberuf Psychotherapeut) handelt. Außerdem wird keine klare Beziehung zu den bereits bestehenden Heilberufen hergestellt.

§ 1

Durch die Verwendung der Begriffe "psychosozial" und "psychosomatisch" grenzt diese Formulierung andere Krankheiten und Störungen von der Psychotherapie aus und widerspricht damit den Erkenntnissen der modernen Ganzheitsmedizin. Eine Einengung auf psychosoziale Ursachen würde die Gefahr in sich bergen, daß Störungen zu Objekten der Psychotherapie erklärt werden, die eigentlich durch geeignete sozialpolitische Maßnahmen behoben werden sollten. Wir schlagen vor, die Bezeichnungen "psychosozial" und "psychosomatisch" zu streichen (Siehe dazu auch die Definition des Gesundheitsbegriffes durch die Weltgesundheitsorganisation [WHO] und internationale Klassifikationsschemata der Erkrankungen ICD-9, DSM-III-R [APA]).

## § 10

Die Gesellschaft Österreichischer Nervenärzte und Psychiater beeinsprucht daher aufs schärfste die Tatsache, daß in diesem Gesetzesentwurf als Vorbedingung für die Ausbildung zum Psychotherapeuten lediglich Matura gefordert wird. Voraussetzung für eine Psychotherapieausbildung ist in der Regel ein erfolgreich abgeschlossenes Studium der Medizin, der Psychologie, der Erziehungswissenschaften, oder der Sozialakademie; nur so ist die hohe wissenschaftliche Qualifikation für diesen komplizierten Beruf gegeben.

## §§ 2 - 8

Die im Gesetzestext angeführten Ausbildungsordnungen sind von fachkompetenter Seite her im Sinne der Volksgesundheit völlig unzureichend. Die Paragraphen 3 - 8 müßten neu überdacht und formuliert werden.

## §§ 14 - 16

Weiters stellt die Gesellschaft Österreichischer Nervenärzte und Psychiater fest, daß die Gesetzesstellen, die die Schweigepflicht regeln, im Sinne des höheren Rechtsgutes wesentlich strenger gefaßt werden müssen.

## § 17

Dieser Paragraph widerspricht der derzeitigen Gesetzeslage (siehe Ärztegesetz, Krankenanstaltengesetz) und wäre außerdem in der ganzen Welt unikal.

Wie schon zu § 10 festgestellt, garantiert die vorgelegte Ausbildungsordnung in keiner Weise die notwendigen Kenntnisse der Diagnostik und ermöglicht daher auch nicht die Erstellung eines Therapieprogrammes; damit wäre eine ernste Gefahr für die erfolgreiche Behandlung psychisch Kranker und Behinderter gegeben; dies gilt besonders für schwer psychisch Kranke.

Außerdem wird zu Bedenken gegeben, daß bei Exekution dieser Gesetzesvorschrift für jeden Patienten eine doppelte Leistung der Sozialversicherungsträger (Krankenkassen) erbracht werden müßte, nämlich Bezahlung sowohl des Arztes als auch des Psychotherapeuten.

Daher ist unser Vorschlag, § 17, Absatz 2 ersatzlos zu streichen.

## §§ 18 und 19

Die Gesellschaft Österreichischer Nervenärzte und Psychiater nimmt mit Befremden zur Kenntnis, daß dieses Gesetz keine Körperschaft öffentlichen Rechts für den Beruf des Psychotherapeuten vorschlägt.

§§ 21 - 23

Bezüglich des Beirates ist zu sagen, daß dieses Gremium in der vorgeschlagenen Form von Vereinigungen dominiert wird, - Vereinigungen, die es andererseits kontrollieren sollte. Die universitären Institutionen, welche die Psychotherapie in Lehre und Forschung vertreten, sind nicht repräsentiert; ebenso sind auch der Oberste Sanitätsrat, der Psychohygiene Beirat und die Gesellschaft Österreichischer Nervenärzte und Psychiater in diesem Gremium nicht vertreten.

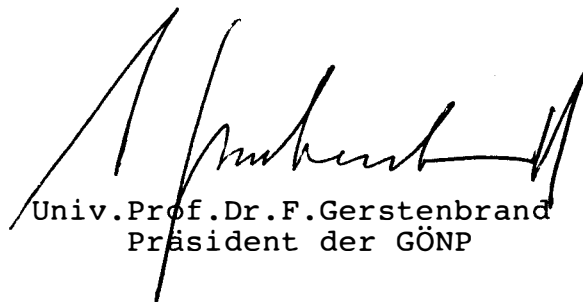
Schließlich wird noch angeführt, daß der Bericht der Bundesregierung zur Entschließung des Nationalrates vom 26. April 1989, E 113 - NR/XVII.GP, anläßlich der Verhandlung des Berichtes des Bundesministers für Inneres im Zusammenhang mit den Vorgängen im Krankenhaus Lainz, veröffentlicht vom Bundeskanzleramt, Sektion VI Volksgesundheit, in die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfes besser integriert werden sollte. Die Inhalte dieses Berichtes sollten bei der Abfassung sowohl des Psychotherapiegesetzes als auch des Psychologengesetzes Beachtung finden.

Zusammenfassend erlaubt sich das Präsidium der Gesellschaft Österreichischer Nervenärzte und Psychiater festzustellen:

1. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist unausgereift. Es wird daher empfohlen, die angeführten Stellen neuerdings in den entsprechenden Fachgremien zu beraten, um eine überhastete Festschreibung des Gesetzestextes zu vermeiden.
2. Es ist dem Präsidium der Gesellschaft Österreichischer Nervenärzte und Psychiater ein Bedürfnis zu erklären, daß diese kritischen Äußerungen nicht gegen die Intention, ein Psychotherapiegesetz zu verabschieden, gerichtet sind. Es wird vielmehr die Besorgnis um die Wahrung der adäquaten Erkennung, Behandlung und Versorgung von kranken Menschen zum Ausdruck gebracht.



Univ. Prof. Dr. P. Berner  
Vizepräsident der GÖNP



Univ. Prof. Dr. F. Gerstenbrand  
Präsident der GÖNP